

Neue Zürcher Zeitung vom 3. April 2006

Unzufriedene Hausärzte vor dem Bundeshaus
Demonstration für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Respekt
Über 10 000 Hausärzte aus der ganzen Schweiz haben am Samstag auf dem Bundesplatz in Bern für eine Stärkung der medizinischen Grundversorgung demonstriert. Zudem haben sie dem Bundesrat eine Petition mit über 300 000 Unterschriften übergeben.

ni. Bern, 1. April – Hansueli Späth, der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Allgemeinmedizin (SGAM), war überwältigt, als er am Samstagnachmittag auf der Rednerbühne das Wort ergriff. Was er da sehe, sagte er sichtlich bewegt, sei ein gelebter Traum. Zwischen 10 000 und 12 000 Hausärztinnen und Hausärzte, Praxisassistentinnen, Kinder und Sympathisanten waren aus allen Regionen der Schweiz angereist, um auf dem Bundesplatz in Bern ihrer Unzufriedenheit und Wut über die Arbeitsbedingungen in der Hausarztmedizin Ausdruck zu geben. «Uns ist nicht mehr zum Scherzen zumute», sagte Späth in Anspielung auf das Datum der Kundgebung. Zu diesem Zeitpunkt war der Himmel bedeckt, und alle waren froh, dass es wenigstens nicht regnete.

Botschaften auf Transparenten

Viele Hausärzte waren im weissen Arbeitskittel nach Bern gekommen, einige hatten Transparente mitgenommen. «SOS-Notruf: Rettet die Hausärzte», stand auf einem zu lesen, «Vom Aussterben bedroht: der Hausarzt», «Zuerst stirbt die Praxis, dann der Patient» auf anderen. Dazu passte auch der im Zentrum des Bundesplatzes errichtete Käfig, in dem sich die Hausärzte als aussterbende Berufsspezies darstellten. Einige Texte richteten sich auch direkt an den Gesundheitsminister: «Herr Couchepin, stellen Sie sich vor, Sie sind krank und keiner geht hin», «Pascal, du wirst fluchen, wenn du musst einen Hausarzt suchen». Aber auch Liebeserklärungen an die Hausarztmedizin gab es zu lesen und griffige Werbeslogans: «Hausarztmedizin: persönlich, effizient, kostensparend».

Der Hausarzt Michael Schenk aus Wichtrach ist nach Bern gekommen, wie er im Gespräch erklärte, weil er seit seiner Praxiseröffnung vor sechs Jahren immer mehr Ärger erlebe. Viele neue Vorschriften, die unter dem Deckmantel der Qualitätssteigerung eingeführt würden, empfindet Schenk als unnötig und mühsam, gelegentlich sogar als Schikane. Auch seien die Versprechungen, die man den Hausärzten mit dem neuen Tarifvertrag Tarmed gemacht habe, nicht eingelöst worden.

«Ich bin wütend auf Politiker, Behörden, Krankenkassenvertreter und Tarifpartner», sagte Margot Enz Kuhn vom SGAM-Vorstand auf der Rednerbühne. Denn diese würden zwar stets die zentrale Stellung der Hausarztmedizin im Gesundheitswesen betonen, die Ärzte aber im entscheidenden Moment im Regen stehen lassen. Um den Worten nun Taten folgen zu lassen, haben die Mediziner drei zentrale Forderungen formuliert, die im Vorfeld der Kundgebung von über 300 000 Personen als Petition zuhanden des Bundesrats und des Parlaments unterschrieben worden sind.

Auf Bahren gebettet, wurden die Papierbögen am Schluss der Veranstaltung ins Bundeshaus getragen. Das Ärztepaar Martin Walkmeister und Verena Meyer aus Arosa ist mit seinen beiden Assistenzärzten und drei medizinischen Praxisassistentinnen nach Bern angereist. Auch sie sehen die Zukunft der Hausarztmedizin in Gefahr. So geben die beiden jungen Ärzte unverhohlen zu, dass sie nicht bereit wären, wie ihre Chefs während 190 Tagen und Nächten im Jahr Notfalldienst zu leisten. Es sei zudem nötig, zwischen den Kantonen einen Ausgleich der Taxpunktwerte zu schaffen. Die hohe Belastung der Hausärzte hänge aber auch mit der zunehmenden Anspruchs- und Konsumhaltung zusammen, die bei einem Teil der Patienten zu beobachten sei, betonten die Ärzte aus Arosa.

Sorgen um die Zukunft der medizinischen Grundversorger macht sich auch die Ständerätin Simonetta Sommaruga, die auf dem Bundesplatz ebenfalls als Rednerin auftrat. Dass die Hausarztmedizin in der Ausbildung praktisch nicht vorkomme, bezeichnete die SP-Politikerin als Skandal. Damit die Grundversorger aber ihre zentrale Rolle im Gesundheitssystem spielen könnten, müssten die Ärzte auch bereit sein, mehr Verantwortung zu übernehmen, betonte Sommaruga. Sonst würden andere über die Köpfe der Hausärzte hinweg entscheiden. Diese implizite Kritik erntete bei den demonstrierenden Ärzten, die sonst bei jeder Parole kämpferisch applaudierten, Buhrufe und Pfiffe. Sommaruga sprach sich auch gegen den Arzt als Einzelkämpfer aus. Das sei ein Auslaufmodell, sagte sie. Die Zukunft gehöre der Gruppen- und Gemeinschaftspraxis sowie den Ärztenetzwerken. In diesem Zusammenhang machte sie auch Werbung für Managed-Care-Modelle mit eigener Budgetverantwortung, was erneut auf heftige Ablehnung stiess.

Der Arzt als Leistungserbringer

Der Hausarzt Rolf Gysi aus Lenzburg fühlt sich als freier Unternehmer immer mehr in die Enge getrieben. Die Attraktivität seines Berufs sei im Keller, sagte er. Das habe er spätestens vor 3 Jahren festgestellt, als er seine Praxis nach 25 Jahren an einen Nachfolger habe übergeben wollen. Es hätten sich praktisch keine Interessenten gemeldet, erzählte

er, insbesondere keine aus der Schweiz. Warum er nicht einfach aufhöre? «Eine Praxis ist etwas Lebendiges», betonte der Arzt. Die Patienten müssten weiterbetreut werden. «Das kann man nicht einfach so aufgeben.»

Neben dem FMH-Präsidenten Jacques de Haller sprach sich auch Beat Rössler von der Schweizerischen Gesellschaft für innere Medizin gegen eine weitere Schwächung der Hausarztmedizin aus. Zwar gebe es bei Grundversorgern keine spektakulären Eingriffe, mit denen im Fernsehen Eindruck gemacht werden könne, sagte er. Zu ihrem Geschäft gehöre aber auch, dem Patienten langfristige, effiziente und sogar billige Verhaltensänderungen schmackhaft zu machen. Den wichtigsten Grund für die hausärztliche Unzufriedenheit ortet Rössler in der fehlenden Wertschätzung. Man verlange keine Vorzugsstellung, doch Politik, Verwaltung und Krankenkassen sähen in den Hausärzten nur noch «Leistungserbringer», die es zu optimieren gelte. In den letzten Jahren hätten sie deswegen nur Abstriche und Schuldzuweisungen erfahren.

Auch Brigitte Schubiger, Hausärztin in Luzern, fühlt sich in ihrer täglichen Arbeit zu wenig geschätzt. Die Grundversorger hätten lange Zeit die Faust im Sack gemacht. Schubiger ist aber optimistisch, dass die Demonstration einen Prozess in Gang bringt, der zu einem neuen Verständnis der Hausarztmedizin führen wird. Auch für Hansueli Späth ist die Kundgebung nur ein Anfang. «Wenn man etwas erreichen will, muss man sich wehren», sagte er in seinem Schlusswort. Ob und wann allerdings die von Margot Enz Kuhn skizzierte Vision einer attraktiven Hausarztmedizin, für die sich die Hälfte der Medizinstudierenden entscheiden werden, Realität wird, steht noch in den Sternen. Das Wetter jedenfalls war am Schluss der ersten Grosskundgebung der Schweizer Hausärzte besser; erste Sonnenstrahlen erwärmten den Bundesplatz.

KOMMENTAR

Wovon sie reden und worüber sie schweigen

Alltäglich ist es nicht, dass Ärzte auf die Strasse gehen. Von Assistenzärzten an Spitälern hat man dies schon gehört. Doch von in freier Praxis tätigen Hausärzten, noch dazu in so grosser Zahl? Dieser Protest kann nicht einfach mit leichtem Achselzucken oder mit Blick auf deutsche Kollegen als blosser Nachahmereffekt abgehakt werden. Mit der von über 300 000 Menschen unterzeichneten Petition haben die Ärzte zudem gezeigt, dass in einem politischen Abstimmungskampf mit ihnen zu rechnen ist. Ihr Unmut ist gross. Mit ihnen protestieren Hauptakteure des Gesundheitswesens, die eigentlich wissen sollten,

wovon sie reden. Davon, dass sie alle die steigenden Gesundheitskosten verkennen, kann kaum ausgegangen werden.

Es ist also zunächst einmal gut hinzuhören. Welches sind ihre Zukunftssorgen? Wovon reden sie? Von zu wenig Wertschätzung, von einer fehlenden Verankerung der Hausarztmedizin in der Aus- und Weiterbildung, von übermässigem bürokratischem Aufwand im Praxisalltag, von zu vielen regulatorischen Vorgaben für ihre Tätigkeit, von eklatanten tarifarischen Ungerechtigkeiten im neuen Arzttarif. Sie verlangen bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere für Hausärzte auf dem Land, eine familienfreundlichere Organisation nicht zuletzt der Notfalldienste sowie den Einbezug in alle gesundheitspolitischen Entscheidungsprozesse.

Und wovor fürchten sie sich? Eine ihrer grössten Ängste scheint darin zu bestehen, dass man sie auseinander dividieren könnte: medizinische Grundversorger gegen Spezialisten. Wovon aber reden sie nicht oder zumindest nur sehr zaghaft? Von der Bildung von Ärztenetzwerken, dem Ende des Einzelkämpfertums, von der Aufhebung des Kontrahierungszwangs zwischen Krankenversicherern und Leistungserbringern. Schliesslich sprechen sie auch nicht davon, welchen Anteil an ihrer Unzufriedenheit die Politik hat und welcher hausgemacht ist.

Wer etwa mangelnden Einbezug in die politischen Entscheidungsabläufe beklagt, muss sich wohl auch selbst fragen: Was ist bei uns falsch gelaufen? Ähnliches gilt, wenn Umstrukturierungen beim Notfalldienst längst überfällig sind. Auch tarifarische Ungerechtigkeiten hätten mit dem neuen Arzttarif Tarmed zumindest etwas besser ausgeglichen werden können. Dass die Politik dabei Kostenneutralität vorgeschrieben hatte, muss bei den hohen und stetig steigenden Gesundheitskosten als unabdingbar akzeptiert werden. Einen weiteren Kostenschub, lediglich um mehr Gerechtigkeit unter den insgesamt gut verdienenden Ärzten zu erreichen, würde niemand verstehen.

Doch es gibt auch Forderungen und Befürchtungen, die Parlament und Bundesrat ernst zu nehmen haben. Dazu zählen die zunehmende Tendenz zur Spezialisierung und die geringe Attraktivität der Hausarztmedizin für junge Mediziner. Ferner ist der Angst der Ärzte Rechnung zu tragen, dass sie bei Einführung der Vertragsfreiheit den Krankenversicherern als mächtigen wirtschaftlichen Gebilden ausgeliefert sein könnten – in bestimmten Regionen verfügen einzelne über eine fast marktmächtige Stellung.

Doch es ist auch den Ärzten nicht verboten, statt eines unverrückbaren Neins Vorschläge dazu einzubringen, mit welchen Rahmenbedingungen sich ihre Position als Vertragsparteien in einem liberaler ausgestalteten System stärken liesse. cs.

© Neue Zürcher Zeitung